

Atomkraft – der Schein trügt.



Zwei Grüne Volksinitiativen

Taten statt Worte

Die Grünen stehen gegenwärtig mit zwei wichtigen Initiativen in der Öffentlichkeit: Die Grüne Wirtschaftsinitiative ist unsere Antwort auf Wegwerfgesellschaft und Ressourcenverschleiss. Mit der Atomausstiegs-Initiative schaffen wir ein Handlungsinstrument für die Bevölkerung, die endlich eine Wende in der Energiepolitik will und das zögerliche Verhalten der Energiekonzerne satt hat.



Zur Zeit konsumieren wir in der Schweiz so viel, als ob wir drei Planeten zur Verfügung hätten. *On a qu'une terre*, wir haben nur eine Erde, so hat Rapper Stress schon vor vier Jahren getextet und hier setzt die Grüne Wirtschaftsinitiative an: Der Verbrauch ist auf ein vertretbares Mass zu reduzieren. Gemessen wird der Konsum mit dem «ökologischen Fussabdruck». Darunter wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen dauerhaft zu ermöglichen. Dabei werden Flächen mitberücksichtigt, die zur Produktion von Kleidung, Nahrung und Energie, aber auch zur Kehrlichtverwertung benötigt werden.

Atomausstieg – Umdenken findet endlich statt

Ein ugrünes und brandaktuelles Thema greift die Atomausstiegs-Initiative auf. Diese will in der Verfassung den geordneten Atomausstieg bis 2024 festschreiben. Atomenergie ist die gefährlichste, teuerste und komplizierteste Technologie, um

Elektrizität zu erzeugen. Darum fordert die Initiative, Atomkraftwerke in der Schweiz zu verbieten. Die betriebsältesten AKW in Mühleberg und Bznau sollen so schnell wie möglich vom Netz, die AKW Gösgen und Leibstadt nach 40 Betriebsjahren oder früher – sofern es die Sicherheit erfordert – abgeschaltet werden.

Die Unterschriftensammlung startet im Mai. Mit Sicherheit werden wir die nötigen Unterschriften in absoluter Rekordzeit sammeln und damit ein eindrückliches Zeichen für den Atomausstieg setzen. Die Umfrageergebnisse sprechen für sich: 75% der Bevölkerung lehnen den Bau neuer AKW klar ab.

Doppeltes Sammelglück

Mit beiden Initiativen bringen wir unser Grünes Engagement auf den Punkt. Oder um es noch einmal mit Stress zu sagen: *Les grands discours c'est bien. Mais les petits gestes c'est mieux. La différence on doit la faire aujourd'hui, car on le peut!*

Alec von Graffenried, Nationalrat

Bienne, Cité de l'énergie GOLD



En décembre 2008 les Verts Bienne ont déposé leur initiative populaire municipale « pour la protection du climat » avec 2'500 signatures. L'initiative demande la réduction des gaz à effet de serre d'au moins 30 pour cent d'ici à 2020 par rapport au niveau en 1990. Après plus de deux ans, le Conseil municipal suggère un contre projet : établir un programme d'action pour obtenir le label « Cité de l'énergie GOLD » en 2020. Les Verts saluent cette proposition. Toutefois le Conseil municipal n'a encore rien dit sur les mesures à prendre et le financement. En conséquence, les Verts maintiennent l'initiative qui s'avère plus contraignante pour le moment.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

Inhalt



Seite 2
Der ÖV braucht die Grünen



Seite 3
Schub für Bern und Erneuerbare



Seite 5
Heliskiing ist alpiner Fastfood



Seite 7
Zukunft Alter

Bürgerliche Wendehälse



Die Atomlobby folgt nach der Atomkatastrophe in Japan einer offenbar genau festgelegten Strategie: 1.

Sich ruhig verhalten. 2. Auf die Analyse der Katastrophe im AKW Fukushima verweisen. 3. Die Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft von Atomstrom hervorstreichen. Darum sind Aussagen zum Atomausstieg der Parteipräsidenten Fulvio Pelli, Christophe Darbellay und Hans Grunder nicht überzubewerten. Vor Fukushima trällerte das Trio eine ganz andere Melodie: Atomkraftwerke seien die ideale Lösung für die Energie- und Klimapolitik.

Klar, man darf auch gescheitert werden. So schnell wie diese Parteipräsidenten in Richtung Ausstieg umschwenkten, so schnell können sie wieder auf Atomkurs einbiegen. Wendehälse gibt es viele in der Politik. Zur Erinnerung: Über Boni-Exzess in den Chefetagen der Banken haben sich anfänglich viele Bürgerliche entrüstet. Dieselben verhinderten bis jetzt strengere Regeln gegen eine ausufernde Bonikultur. Wenn wir eine ähnliche Kehrtwende der Bürgerlichen bei der aktuellen Atomdebatte verhindern wollen, braucht es eine nationale Volksinitiative für den Atomausstieg. Nur so haben wir in den kommenden Jahren ein Druckmittel in der Hand, falls das Parlament wieder einen atomfreundlichen Kurs einschlägt.

Franziska Teuscher, Nationalrätin, Vizepräsidentin Grüne

■ Wechsel im Grossrat

Urs Scheuss tritt aus beruflichen Gründen aus dem Grossrat zurück. Als Präsident der Grünen Biel und Fachsekretär bei den Grünen Schweiz wird er sich aber weiterhin engagiert für Grüne Anliegen einsetzen. Auf Scheuss folgt Daphné Rüfenacht. Die 33-jährige Geografin konnte im Bieler Stadtrat bereits Legislativerfahrung sammeln und ist als Vize-Präsidentin der Grünen Kanton Bern bestens vernetzt.

Wir danken Urs Scheuss für die geleistete Arbeit und wünschen Daphné Rüfenacht viel Erfolg im Grossrat!

Öffentlicher Verkehr

Der ÖV braucht die Grünen

Der öffentliche Verkehr (ÖV) wurde im Kanton Bern in den letzten 15 Jahren stetig verbessert. Die enorm gewachsene Nachfrage stellt die Politik nun vor grosse Herausforderungen.



Wenn wir uns vor Augen führen, was heute im ÖV selbstverständlich ist, wird uns dessen Erfolgsgeschichte bewusst. Grüne im Kanton Bern haben sich stetig für Angebotsverbesserungen eingesetzt und dabei viel erreicht: Diverse grosse und kleine Infrastrukturausbauten konnten in Betrieb genommen werden. Ein Halbstunden-Takt im Fernverkehr und auf S-Bahn-Linien ist heute – anders als vor 15 Jahren – die Norm. An ein breites Nachtbusangebot haben wir uns ebenso gewöhnt wie an Niederflurrollmaterial und neue S-Bahn-Stationen.

Erfolg verpflichtet

Die enorm gewachsene ÖV-Nachfrage ist eine grosse Herausforderung. Um das Umsteigen auf den ÖV weiter zu fördern, ist auch künftig die Infrastruktur schrittweise auszubauen. Damit kann bei den stark frequentierten S-Bahn-Linien der Viertelstunden-Takt eingeführt werden, ohne dass der Güterverkehr leidet. Auch das Angebot der Buslinien ist anzupassen. All dies kostet. Die Finanzierung des wachsenden Regionalverkehrsangebots ist denn auch die grösste Herausforderung für den Kanton. Nebenlinien zu streichen wäre ein völlig falsches Zeichen, hier müssen wir wachsam sein. Die ÖV-Kunden werden aber nicht darum her-

umgekommen, für das wachsende Angebot etwas mehr als heute zu bezahlen.

Attraktivität steigern

Grosses Potential für den ÖV sehe ich im Freizeitverkehr und im internationalen Verkehr. Der noch bescheidene Anteil am Freizeitverkehr ist mit guten Angeboten zu steigern. Dabei muss die ÖV-Kette vom Wohnort bis zur Seilbahnstation oder zum Einkaufszentrum lückenlos und attraktiv sein. Die Grünen braucht es auch weiterhin: Zwar stehen nicht mehr ganz grosse Ausbauten, sondern kleinere Massnahmen im Vordergrund. Gerade hier ist es wichtig, dass wir uns mit vereinten Kräften dafür einsetzen, damit ein gutes und durchdachtes ÖV-Angebot erhalten und ausgebaut werden kann.

Ueli Stückelberger

Fürsprecher, 1996 – 2008 Mitglied des Berner Stadtrats für die GFL, davon zehn Jahre als Fraktionspräsident. Bis Februar 2011 arbeitete er im Bundesamt für Verkehr (BAV), zuletzt als Abteilungschef Politik.

Seit März 2011 ist er Direktor des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) und von Seilbahnen Schweiz.



Gewachsene ÖV-Nachfrage ist eine grosse Herausforderung für den Kanton.

Abstimmung zum Kantonalen Energiegesetz

Schub für Bern und Erneuerbare

Mit einem Ja zum Energiegesetz können wir eine Grundlage für die vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien schaffen. Die Referendumsvorlage (Volksvorschlag) stellt die Version der ewigen Bewahrer des Status Quo dar und ist abzulehnen.



Das geltende Kantonale Energiegesetz stammt aus den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts und der Begriff Effizienz erscheint darin kein einziges Mal. Für eine Gesetzesrevision ist es also höchste Zeit.

Das vom Grossen Rat im März 2010 beschlossene neue Energiegesetz ist zwar weit

Energiediskussion an der Delegiertenversammlung

In der Podiumsdiskussion waren sich die Grüne Christine Häsler und Samuel Leuenberger, BDP-Grossrat, einig, dass es in Zukunft politisch wohl keine Chance mehr gibt, den Neubau eines AKW vor dem Volk durchzubringen. Die Grüne Fraktionspräsidentin und André Richter vom Solarunternehmen Meyer Burger wiesen darauf hin, dass das Kantonale Energiegesetz hilft, für den Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung zu sensibilisieren. André Richter erwähnte ein entsprechendes Gesetz in Deutschland, das mit seinem Fördermechanismus den Durchbruch der erneuerbaren Energien begünstigt habe.

Die Delegierten genehmigten die Erfolgsrechnung 2010, die mit einem Aufwand von rund 284'000 Franken und einem Ertragsüberschuss von 3'500 Franken abschliesst. Gewählt wurden zudem Monika Hächler und Marlen Reusser als Delegierte der Grünen Schweiz. Sie ersetzen Esther Oester und Ueli Löffel.



Vorbildlich sanierte Liegenschaft: Photovoltaikanlage und Anbau mit Naturdach

davon entfernt, sämtliche grünen Ansprüche zu erfüllen. Sinnvolle Vorschläge wie eine Sanierungspflicht für energieineffiziente Gebäude wurden gestrichen. Trotzdem liegt nun eine Vorlage vor, die den Kanton Bern energiepolitisch einen ordentlichen Schritt weiterbringt.

Ein zentraler Pfeiler im neuen Gesetz ist die Förderabgabe auf dem Stromverbrauch. Sie dient der Finanzierung energetischer Sanierungen, was nicht nur der Umwelt, sondern auch der regionalen Wirtschaft nützt. Im Energiegesetz vorgesehen ist zudem ein

Verbot neuer und der mittelfristige Ersatz bestehender elektrischer Widerstandsheizungen.

Der Volksvorschlag köpft nun ausgerechnet die wirksamsten Mittel des Energiegesetzes – am Schluss verbliebe bloss ein klappriges Grundgerüst. Deshalb braucht es ein Ja zum Energiegesetz (auch bei der Stichfrage) und ein Nein zum Volksvorschlag, so wie es die Delegierten beschlossen haben.

Rita Haudenschild, Grossrätin und Gemeinderätin Köniz

Osons l'éolien



Les adversaires de l'éolien lui reprochent fréquemment, et parfois à juste titre, ses nuisances sonores, ses agressions au paysage et à la faune. Soulignons cependant que ces défauts de jeunesse – qui alimentent forcément les discours pro-nucléaires – sont dus essentiellement au manque de maîtrise des pouvoirs publics dans le domaine de la planification éolienne. Certains promoteurs, avant tout soucieux d'arbo-

rer une hélice sur leur plaquette publicitaire, présentent des projets bâclés.

Il est donc grand temps que la Confédération exige la coordination inter-cantonale avant de valider les sites éoliens et que l'Office fédéral du développement territorial valide les plans directeurs cantonaux.

Il appartient ensuite aux instances régionales de développer une politique de gestion et de promotion de l'éolien. Le modèle en cours d'élaboration par le Jura et

le Jura bernois (JuraEole SA) est en mesure d'assurer un avenir cohérent à l'énergie éolienne. Nous soutenons vivement cette démarche. Il est évidemment souhaitable que la même réflexion soit menée avec les cantons voisins (Vaud, Neuchâtel, Soleure) sous les auspices de la Confédération.

L'éolien, vu son impact, les questions et les espoirs qu'il suscite, doit être appréhendé non sur un plan local mais sur un plan régional, cantonal, voire supra cantonal. L'éolien est assurément une

affaire de l'arc jurassien. A condition d'assurer planification et coordination, d'éviter une implantation irraisonnée des éoliennes et de prendre en compte les aspects sociaux, économiques, naturels et paysagers, n'ayons pas peur d'oser l'éolien. Il a assurément de l'avenir.

Les Verts Jura bernois, Nicole Hofer

junge grüne reichen Beschwerde ein

Nachzählung ist erforderlich

Die jungen grünen bern verlangen eine Nachzählung der Resultate zur Ecotax-Abstimmung vom 13. Februar 2011. Die erste Differenz betrug 134 Stimmen und musste danach korrigiert werden.



Für die jungen grünen ist eine Stimmdifferenz von 134 Stimmen zu klein, als dass sie einfach darüber hinwegsehen können. Schliesslich stehen 100 Millionen Mindereinnahmen für den Kanton Bern auf dem Spiel. 134 Stimmen auf 165'000 entspricht einer Differenz von nur 0,08%. Bei einem so gewichtigen Entscheid, der den Finanzhaushalt des Kantons Bern massgeblich trifft, muss sicher sein, dass das Resultat solide ist.

Es gab Gerüchte und Bestätigungen, dass in einigen Gemeinden bei den verschiedenen Vorlagen Zähl-Probleme aufgetaucht sein sol-

ten und bei einigen Vorlagen die Ja- und Nein-Stimmen falsch zugeordnet worden seien. Beim Kreuzchen für den Stichentscheid könnte die Fehlerquote somit noch grösser ausfallen.

113 Stimmen gingen verloren

Nach den provisorischen Zahlen vom Wahlsonntag muss der Regierungsrat die definitiven Zahlen erwarhen und im Amtsblatt publizieren. Die Differenz hat sich danach vergrössert. Die jungen grünen sahen sich aufgrund der definitiven Abstimmungsergebnisse bestätigt, dass eine kantonsweite Nachzählung nötig ist. Die Kontrolle der Regierungsstatthalterämter und der Staatskanzlei ergab in der Stichfrage neu 165'614 Stimmen für die Ecotax-Vorlage (vorher 165'728, Differenz -114) und 165'977 Stimmen für den Volksvorschlag (vorher 165'826, Differenz +115), bei 20'225 ohne Antwort abgegebenen

Stimmzetteln (vorher 20'339, Differenz -114). Es sind bei der Kontrolle also 113 Stimmen «verlorengegangen», was fast schon der ursprünglichen Differenz von 134 Stimmen entspricht.

Die neue offizielle Differenz in der Stichfrage (363 Stimmen, 0,1%) liegt immer noch im Zufallsbereich. Der Entscheid des Regierungsrates, das Ergebnis ohne Nachzählung zu erwarhen, ist angesichts der Umstände unverständlich. Die Beschwerde der jungen grünen vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Bern wird darum aufrechterhalten, sie ist momentan hängig. Die jungen grünen bern bleiben am Ball und werde die Thematik weiterverfolgen. Bern darf kein Offroad-Paradies werden, nur weil nicht richtig gezählt wurde.

*Aline Trede, junge grüne bern,
Vize-Präsidentin Grüne Schweiz*

junge grüne aktiv

■ Green Watch Group Bern



Nun gibt es sie: eine Gruppe, welche die Energieeffizienz im Raum Bern überwacht. Die jungen grünen bern haben die Gründung der «Green Watch

Group» beschlossen. Ihr Ziel ist es, zu helfen, die so dringend benötigte Energieverbrauchssenkung herbeizuführen. Überall gibt es Stellen, wo Strom unnötig oder schlecht genutzt verpufft. Wenn wir unseren Strombedarf künftig ohne Atomstrom decken wollen, besteht ein Teil der Lösung darin, das Bewusstsein der Leute zu schärfen und sie auf Fehler in unserer Stromnutzung aufmerksam zu machen. Sei dies im öffentlichen Sektor oder im individuellen Stromverbrauch. Dabei sollen auch Dinge wie Recycling, Mobilität und Konsumbewusstsein nicht vergessen gehen.

Je nach Anliegen wählen wir das entsprechende Mittel: Aktionen, Plakate, Hinweiszettel, LeserInnenbriefe, Inserate, Internet, Vorträge, Briefe an Firmen oder Privatpersonen. Wir wollen tun, was nötig ist, um die BernerInnen zu sensibilisieren für einen gesunden Umgang mit unseren knappen Ressourcen.



■ Campen gegen Mühleberg

Aus den Protest-Picknicks vor dem BKW-Gebäude hat sich ein friedliches Zeltlager entwickelt. Seit dem 5. April 2011 zelten AKW-Gegner am Viktoriaplatz und verleihen so ihrer Forderung Ausdruck, das AKW Mühleberg sei sofort vom Netz zu nehmen. Die Protest-Picknicks finden weiterhin

jeweils am Dienstag Mittag statt. Ein ganz besonderer Anlass soll das Picknick am 26. April, dem 25. Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl, werden. Erscheint recht zahlreich!

Marlen Reusser, junge grüne

Lärm aus der Luft

Heliskiing ist alpiner Fastfood

Heliskiing gehört zum Tourismusangebot. Auch im Unesco Weltnaturerbe. Dabei gilt für mich; nur wer den Berg aus eigener Kraft besteigt, erreicht den vollen Genuss.



Während ich es heute genieße, in der Sonne vor meinem Haus in Burglauenen den Text hier zu schreiben, wird die Stille jäh zerrissen. Ein Kampfjet der Schweizer Armee dröhnt über das Faulhorn, dreht ab und fliegt Richtung Militärflugplatz Unterbach.

Ja, wir haben alles in der Jungfrauregion: Stille und Lärm. Abgeschiedenheit und Massentourismus. Wer sich auskennt, der weiss, wohin man wandert oder mit Schneeschuhen oder Skiern aufsteigt, wenn man keine Massen antreffen will. Wer den kleinen Bergweg wählt statt die ausgetretene Wanderroute oder den bescheidenen Rengglipass statt den Petersgrat, der hat die ganze Herrlichkeit für sich und findet erhabene Stille. Bloss gegen die Invasion aus der Luft nützen auch Ortskenntnisse und gutes Planen nichts. Helikopter bringen Gäste an abgelegene Ziele und an schönen Wochenenden sind das nicht etwa zwei, drei Flüge, sondern ein stundenlanges Starten und Landen. Auch hier haben wir die ganze Vielfalt: werktags die Kampfjets und an Wochenenden die Helikopter, die Gäste auf die Gipfel fliegen.

Rauffliegen und Runterfahren ist egoistisch. Es herrscht ein Zwist: Zwischen Tourismus und Umweltkreisen, zwischen den Berggängern, die Ruhe suchen und den Abfahrern, die



Aktion gegen Heliskiing mit Grüner Beteiligung

sich rasch auf einen Gipfel fliegen lassen, um anschliessend die Abfahrt zu geniessen. Der Graben zieht sich auch mitten durch den SAC. Bergsektionen sind wütend über die «Städter, die vorschreiben wollen, welchen Tourismus wir anbieten sollen». Und die Bekenner zum fairen Bergtourismus fordern Verzicht. Nicht Verzicht auf den Bergtourismus, sondern Verzicht auf den Egoismus.

Bergtourismus braucht Helikopter, für die Rettung und die Versorgung und auch die Alp-

wirtschaft profitiert ab und zu davon. Aber dort ist die Grenze. Wer den Berg will, soll sich dem Berg stellen. Hinauffliegen, um runterzufahren, ist Egoismus pur und keinem Berggänger würdig. Heliskiing ist wie Fastfood und hat in einem Unesco Weltnaturerbe nichts zu suchen.

Christine Häslar, Grossrätin/Fraktionspräsidentin, wohnhaft in Burglauenen (Unesco Weltnaturerbe)

LokalSpots

■ Schule – Arbeitswelt

Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt stellt für viele Secondos und Secondas eine Enttäuschung dar: Bei der Lehrstellen-suche zählt oftmals die Herkunft mehr als die Leistung. Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen sich mit einer Zwischenlösung arrangieren oder ihr Berufsziel sogar aufgeben. Die Grünen Kanton Bern organisieren am 23. Juni 2011 um 19.00 Uhr im Bildungszentrum WWF (Bollwerk 35, Bern) eine öffentliche Podiumsdiskussion. Es referiert Dr. Eva Mey vom Institut Sozialmanagement und Sozialpolitik der Hochschule Luzern. Danach folgt eine Diskussion mit Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des Kantons Bern, Peter Sigerist, Zentralsekretär SGB und Eveline Mürner, Leiterin Personalpolitik SBB.

■ Grüne Ittigen und Bolligen

Im Rahmen der geplanten Neugründung der Ortspartei Ittigen und Bolligen findet ein Anlass mit spannender Diskussion zur Energie-zukunft statt. Es referieren Alec von Graffenried, Nationalrat, zur Energiepolitik im Spannungsfeld von Klimaschutz und Atomrisiken und Lilo Lauterburg, ehemalige Grossrätin, zur Abstimmung über das neue Kantonale Energiegesetz. 20.00 Uhr im Restaurant Badhaus, Talgut-Zentrum Ittigen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

■ Grüne Wirtschaftsinitiative

Die GFL Zollikofen veranstaltet am 16. Mai 2011 um 19.30 Uhr im Restaurant Kreuz einen Informationsabend zur nationalen Initiative für eine grüne Wirtschaft, die unseren «ökologischen Fussabdruck» auf ein vertragliches Mass

reduzieren will. Unter anderem tritt Nationalrat Alec von Graffenried auf. Anschliessend findet ab ca. 20.30 Uhr die Mitgliederversammlung der GFL Zollikofen statt.

■ Petition gegen Kürzungen in der Jugendarbeit

Der Kanton Bern sieht mit der Revision der «Angebote zur sozialen Integration Verordnung (ASIV)» vor, ab 2013 die Gelder für Kinder- und Jugendarbeit in Bern und anderen Gemeinden um bis zu 42% zu kürzen. Mit einer Petition, welche das Komitee Offene Jugend- und Kinderarbeit Bern lanciert hat, wird der Regierungsrat aufgefordert, die Verteilung der Finanzen nochmals zu überdenken und die Mittel aufzustocken. Petition unter: www.okja-bern.ch/

Datenschutz für alle

Sozialhilfe, quo vadis?

Mit der Revision des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FILAG) werden die Gemeinden mit einem fragwürdigen Bonus und Malus konfrontiert. Das Sozialhilfegesetz (SHG) grenzt Armutsbetroffene vom Datenschutz aus und setzt sie generell unter Missbrauchsverdacht. Dagegen läuft ein Referendum.



Der Grossrat hat in der Januar-Session zwei Revisionen verabschiedet, die für SozialhilfeempfängerInnen nachteilig sind. So wurde in der FILAG-Revision schnüffeln und kontrollieren durch Sozialhilfseinspektoren verankert. Dass die Gemeinden dafür Privatfirmen beauftragen können, ist besonders stossend. Mit einem Bonus-Malus-System werden die Gemeinden neu angespornt, möglichst wenig für Sozialhilfe auszugeben. Wenn ihr Sozialdienst klar überdurchschnittlich hohe Kosten ausweist, müssen sie bis zu 20 Franken pro EinwohnerIn zusätzlich in den Lastenausgleich zahlen. Weist er tiefe Kosten aus, werden sie mit einem Bonus belohnt. Im Klartext: Armutsbetroffene abwimmeln zahlt

sich aus, wer die Gesetze einhält, wird bestraft – ein fragwürdiges System auf dünnem Eis.

Jetzt unterschreiben!

Neu wird im SHG gefordert, dass die Sozialdienste von Antragsstellenden eine umfassende Vollmacht zur Datenerhebung einfordern. Damit können sie bei Dritten (z.B. Arbeitge-



bern, Banken, Ärzten) jederzeit Auskünfte einholen. Die Privatsphäre der Armutsbetroffenen wird verletzt. Gegen diese Revision wurde das Referendum «Datenschutz für alle» ergriffen. Es wird vom Grünen Bündnis unterstützt. Unterschriftenbogen: www.gbbern.ch

Hasim Sançar, Co-Fraktionspräsident GB/JA!



Abstimmung in der Stadt Bern

Bezahlbare Kita dank Betreuungsgutscheinen

Die GFL unterstützt den finanzierbaren Ausbau von Kita-Plätzen und fordert ein flexibles System mit Betreuungsgutscheinen, wie es in Luzern erfolgreich umgesetzt wird.



Die aktuelle Situation der familienexternen Betreuung in der Stadt Bern ist nicht zufriedenstellend. Die gängige Subventionierungspraxis benachteiligt erwerbstätige Eltern aufgrund der teilweise hohen Beiträge zu sehr. Die Erwerbstätigkeit des Ehepartners – vor allem der Frauen – lohnt sich darum für viele Familien nicht. Zudem besteht eine Ungleichheit zwischen subventionierten staatlichen Kitas und privaten Anbietern. Ein grosser Teil der Wartelisten von subventionierten Kitas könnte abgebaut werden, wenn die privaten Kitas am bestehenden System der finanziellen Unterstützung mitmachen könnten.

Im Gegensatz zur SP-Initiative fordert die GFL gleich lange Spiesse für private und staatliche Anbieter. Mit den Betreuungsgutscheinen soll eine Steigerung der Qualität erreicht und den Eltern die Wahlfreiheit gegeben werden,

wem sie ihre Kinder anvertrauen wollen. Es ist absehbar, dass die Kita-Initiative der SP mit dem Rechtsanspruch für alle teurer ist als unser Vorschlag mit den Betreuungsgutscheinen. Der SP-Vorschlag wird voraussichtlich die Steuerzahler stärker belasten als unser Vorschlag. Wir wollen keinen Massenbetrieb, wo Kinder ein-

fach gehütet werden, sondern ein System, in dem die Eltern die Institution selber wählen können. Wir finden es an der Zeit, dass sich das Betreuungssystem endlich auch an den Bedürfnisse von erwerbstätigen Eltern orientiert.

Rania Bahna, Stadträtin GFL



Podiumsdiskussion

Zukunft Alter

Wir wachsen in eine Gesellschaft mit dem grössten Hilfebedarf der Menschheitsgeschichte. Wie ist mit diesen neuen Herausforderungen umzugehen? An einer Podiumsdiskussion suchte die AG Gesundheit nach Antworten.



Unter dem Stichwort «Zukunft Alter» lud die AG Gesundheit am 24. März zu einer Podiumsdiskussion zum demografischen Wandel und den resultierenden Herausforderungen für die Gesellschaft. Der deutsche Sozialpsychiater Prof. Klaus Dörner zeigte an zahlreichen Beispielen auf, wie eine Integrationsgesellschaft Alternativen zu Pflegeheimen schaffen kann. So berichtete Dörner unter anderem von Bürgerbewegungen, die die Betreuung und Pflege von hilfebedürftigen MitbürgerInnen selber anbieten, von ambulanten oder generationenübergreifenden Wohngruppen.

Politik kann Weg ebnen

«So viele Bürger wie möglich, so wenig Profis wie nötig», so Dörners Überzeugung. «Denn nur wenn die BürgerInnen selber mehr Verantwortung füreinander übernehmen, kann das professionelle Hilfesystem gesichert und finanziert werden.»

Dass auch in der Schweiz Bestrebungen laufen, die Integration älterer Menschen zu fördern, zeigte die Podiumsdiskussion mit der Berner Gemeinderätin Regula Rytz und Na-

tionalrat Alec von Graffenried. Trotz dem Potenzial von zivilgesellschaftlichem Engagement muss die Politik wichtige Weichen stellen. Generationenübergreifende Projekte und alternative Pflegeideen brauchen gün-

stige Rahmenbedingungen, damit sie weiter vorangetrieben werden.

Daniela Lutz, AG Gesundheit



Das steigende Durchschnittsalter stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

Aktiv

■ MenschenStrom gegen Atom

Am 22. Mai 2011 findet die Grossaktion «MenschenStrom gegen Atom» statt. Der Marsch führt durch das «Atomic Valley» im Kanton Aargau. Es kann gewählt werden zwischen einer längeren und einer kürzeren Route. Am Kundgebungsort ist ein Programm mit RednerInnen, Musik, Imbiss und Kinderprogramm vorgesehen. Die Grünen organisieren die Zugfahrt ab Bern. Bitte melden: 031 311 87 01, sekretariat@gruenebern.ch
Aktuelle Angaben unter www.menschenstrom.ch

■ Wege in eine zukunftsfähige Energieversorgung

Die Grünen zeigen in diversen öffentlichen Veranstaltungen Risiken und Probleme fossiler und atomarer Energie auf und diskutieren die Chancen erneuerbarer Energien.

■ 27. April 2011: Kantonales Energiegesetz – Wem die Fördergelder wirklich helfen

Gespräch mit Vertretern aus Gewerbe, Politik und Gesellschaft. 19.30 Uhr, Schmidechäuer, Burgdorf, www.gfl-burgdorf.ch

■ 27. April 2011: Erneuerbare Energien – Illusion oder Wirklichkeit?

Die Grünen Region Thun diskutieren die Perspektiven der erneuerbaren Energien mit Eric Nussbaumer (Nationalrat SP), Michael Gruber (Direktor Energie Thun AG), Urs Muntwyler (Prof. für Photovoltaik FH Burgdorf) und Christine Häsler (Grossrätin Grüne). 19.30 Uhr, Zehntenhaus, Moosweg 2, Uetendorf.

■ 28. April 2011: Energiepolitik – wie weiter?

Die Grünen Mittelland diskutieren die Perspektiven der Energiepolitik im Kanton Bern mit Antonio Bauen, Rita Haudenschild, Kathy

Hänni. 20.00 Uhr, Politforum Käfigturm Bern. www.gruene-mittelland.ch

■ 29. April 2011: Energiezukunft nachhaltig sichern!

Veranstaltung der Grünen Berner Oberland mit Christine Häsler, Grossrätin und Daniel Frutiger, Präsident Verein Schattenhalb 4. 20.00 Uhr, Hotel Krone Spiez. www.gruene-beo.ch

■ 6. Mai 2011: Klimawandel und kantonales Energiegesetz – global denken, lokal handeln

Referat von Prof. Reto Knutti, Klimaforscher ETH Zürich. Diskussion mit den Grossräten Christoph Grimm (Grüne), Josef Jenni (EVP) und Samuel Leuenberger (BDP). 20.00 Uhr, Kupferschmiede Langnau.

Umwälzungen in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten

Die Opposition braucht unsere Unterstützung

Die historischen Umwälzungen in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten sind von ähnlich fundamentaler Bedeutung für die Länder und Menschen dieser Weltregion, wie es das Ende des Kalten Krieges für uns EuropäerInnen war.



Der Umwälzungsprozess wird allerdings komplizierter und es wird mehr Rückschläge und mehr Blutvergiessen geben als der Demokratisierungsprozess im ehemals kommunistischen Osteuropa. Doch er wird ausnahmslos alle Länder der Region erfassen. Auch Saudi-Arabien und Iran, die beiden strategischen Schwergewichte und Machtrivalen, deren Regimes über die schärfsten Repressionsinstrumente sowie dank Öleinnahmen über die grössten finanziellen Mittel zur zumindest vorübergehenden Befriedung sozialer Revolten verfügen. Auch die undemokratischen, korrupten und paternalistischen Strukturen der Hamas im Gaza-Streifen und der Fatah-geführten Palästinensischen Autonomiebehörde in der besetzten Westbank werden durch diesen Umwälzungsprozess erschüttert werden. Schliesslich wird auch Israel seine völkerrechtswidrige Besatzungspolitik und die Verweigerung einer gerechten Friedensvereinbarung mit den Palästinensern nicht länger fortsetzen können.

Vergangene Ignoranz soll jetzt ein Ende haben

Wir im demokratischen Westen sind von diesen Entwicklungen auf dem kalten Fuss erwischt worden. Lange Zeit haben wir auf un-



Volksaufstand im Maghreb

demokratische Regimes der Region gesetzt, die uns billiges Öl lieferten und milliarden-schwere Wirtschaftsaufträge bescherten. Zudem dienten sie uns als einzige Garanten gegen die vermeintliche Gefahr einer Machtübernahme terrorbereiter Islamisten. Auch Europas grüne Parteien, Friedens- und sonstige Bewegungen haben sich kaum interessiert für demokratische Oppositionskräfte, Menschen- und FrauenrechtlerInnen oder kritische Intellektuelle. Doch die Ignoranz der Vergangenheit sollte nicht als bequemer Vorwand dienen, uns jetzt rauszuhalten, weil wir – wie aktuell in Libyen – nicht wissen, wer die Oppositionskräfte sind und was sie wollen.

Andreas Zumach, Korrespondent für internationale Politik

Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Regula Tschanz

Gestaltung: TransForm

Foto S. 2: BLS/Jeroen Seyffer

Foto S. 3: Hausverein

Foto S. 5: Archiv mountain wilderness

Foto S. 6: www.gruenesfotoarchiv.ch

Foto S. 8: www.solifonds.ch

Druck: Bubenberg Druck, Bern

Auflage: 7400; Redaktionsschluss Nr. 20: 29.07.2011

sekretariat@gruenebern.ch

Parolen

■ National

keine Abstimmungsvorlagen

■ Kantonal

Nach den Ereignissen in Japan braucht es mehr als ein Lippenbekenntnis gegen die Atomenergie. Mit dem Kantonalen Energiegesetz liegt eine Vorlage vor, die den Kanton Bern energiepolitisch einen ordentlichen Schritt weiterbringt. Die Grünen Kanton Bern sagen JA zum Energiegesetz und NEIN zum Volksvorschlag. Stichfrage: Grossratsvorlage. Siehe auch Artikel Seite 3.

■ Stadt Bern

Das GB Stadt Bern hat folgende Parolen beschlossen:

JA zur Initiative «Familienfreundliches Bern: Für Kindertagesstätten ohne Wartelisten (KITA-Initiative)» und NEIN zum Gegenvorschlag. Stichfrage: Initiative.

JA zu Subventionsverträge bzw. Leistungsvertrag mit fünf Kulturinstitutionen für die Jahre 2012 bis 2015

JA zu Rückführung der Stadtbauten Bern (StaBe) in die Verwaltung und JA zur Überbauungsordnung Holligen/Mutachstrasse.

GFL Stadt Bern siehe Seite 6.

■ Stadt Biel

Bei den Esplanade-Vorlagen sagen die Grünen Biel JA zum Kredit für die Altlastensanierung, NEIN zum Landverkauf an die Alpine Finanz AG und JA zum Kredit für die Oberflächengestaltung. Sie empfehlen die Annahme aller Leistungsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen: Stiftung Theater und Orchester, Stadtbibliothek und Stiftung Museum Neuhaus.